

Antrag

der Abg. Andreas Deuschle u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbesondere in Ausländerbehörden und Universitäten

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie, vor dem Hintergrund, dass Deutsch die einzige Amtssprache ist, dazu steht, aufgrund seiner praktischen Relevanz Englisch als „Verkehrssprache“ in Ausländerbehörden anzuerkennen;
2. in welchen Studiengängen an Fachhochschulen und Universitäten des Landes es möglich ist, die Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade in englischer Sprache abzufassen;
3. wie viele Universitäten und Fachhochschulen im Land es ermöglichen, Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade in englischer Sprache abzufassen;
4. wie sie dazu steht, die Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade an baden-württembergischen Universitäten und Fachhochschulen in englischer Sprache schreiben zu können.

15. 07. 2014

Deuschle, Dr. Lasotta, Paal, Dr. Engeser,
Gurr-Hirsch, Pauli, Teufel CDU

Begründung

Amtssprache ist nach wie vor ausschließlich Deutsch. Englisch gewinnt jedoch im Alltag, auch in der öffentlichen Verwaltung, immer größere praktische Relevanz. Die weltweite Vernetzung wird für den Erfolg unserer Universitäten und Fachhochschulen in Forschung und Lehre immer wichtiger. Im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen ist es unerlässlich, qualifizierte Lehrende sowie Studierwillige aus aller Welt zu gewinnen und erfolgreichen Absolventen zu ermöglichen, dauerhaft in Baden-Württemberg zu bleiben. Dies setzt eine Willkommenskultur und Flexibilisierung für Studierende wie Lehrende aus dem Ausland und bestmögliche Kommunikation mit den Behörden vor Ort voraus. Dabei steht außer Zweifel, dass Englisch für die Kommunikation sehr nützlich und praxisrelevant ist. In vielen Studienfächern ist die Fachliteratur inzwischen überwiegend, wenn nicht sogar ausschließlich in englischer Sprache verfügbar und die wissenschaftliche Kommunikation erfolgt vielfach auf Englisch.

Stellungnahme *)

Mit Schreiben vom 21. August 2014 Nr. 7710/70/1 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Abstimmung mit dem Innen- und dem Integrationsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sie, vor dem Hintergrund, dass Deutsch die einzige Amtssprache ist, dazu steht, aufgrund seiner praktischen Relevanz Englisch als „Verkehrssprache“ in Ausländerbehörden anzuerkennen;

Zu 1.:

Die Ausländerbehörden, die oft die erste Anlaufstelle für Zuwanderinnen und Zuwanderer sind, verstehen sich zunehmend als Beratungs- und Servicestellen. Um diese Ausrichtung zu unterstützen, hat eine Arbeitsgruppe zur „Optimierung der Ausländerbehörden“ von Vertretern verschiedener Ministerien, des Rechnungshofs, der kommunalen Landesverbände, zweier Regierungspräsidien sowie unterer Ausländerbehörden den Bericht „Weltoffenes Baden-Württemberg – Hinweise und Empfehlungen für die Ausländerbehörden in Baden-Württemberg“ erstellt (siehe die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/4447, S. 4 ff.). Die dort enthaltenen Hinweise und Empfehlungen sollen die Ausländerbehörden im Sinne einer Handlungsempfehlung anregen und bei Weiterentwicklungen unterstützen. In diesem Bericht wird auch festgehalten, dass alle Verfahrenshandlungen der Behörden grundsätzlich nur in deutscher Sprache vorgenommen werden können. Gleichzeitig wird anerkannt, dass die englische Sprache insbesondere durch die gesetzlichen Erleichterungen bei der Beschäftigung ausländischer Fach- und Führungskräfte und einen entsprechenden Zuzug immer wichtiger werde und zum Beispiel reine Hilfestellungen oder nähere Erläuterungen auch in einer Fremdsprache erfolgen können. Vor diesem Hintergrund werden Englischkurse für Mitarbeiter der Ausländerbehörden und die Einbeziehung von Mitarbeitern mit Fremdsprachenkenntnissen bei Verständigungsschwierigkeiten im Einzelfall als gute Praxis bezeichnet.

Des Weiteren beteiligen sich das Innenministerium und das Ministerium für Integration an dem Modellvorhaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“, das zum Ziel hat, Ausländerbehörden bei der Entwicklung zu „Willkommensbehörden“ zu begleiten und zu unterstützen. Eines der Themen der Veränderungsprojekte in den teilnehmenden Ausländerbehörden ist der Bereich Personalentwicklung; eine dort zu prüfende Maßnahme kann die Förderung des Erlernens von Fremdsprachen sein. In diesem

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Rahmen begrüßt es die Landesregierung, wenn die Mitarbeiter in den Ausländerbehörden vorhandene Kenntnisse der englischen oder einer anderen Fremdsprache einsetzen, um besser mit den Ausländern zu kommunizieren.

- 2. in welchen Studiengängen an Fachhochschulen und Universitäten des Landes es möglich ist, die Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade in englischer Sprache abzufassen;*
- 3. wie viele Universitäten und Fachhochschulen im Land es ermöglichen, Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade in englischer Sprache abzufassen;*
- 4. wie sie dazu steht, die Arbeiten zur Erlangung Akademischer Grade an baden-württembergischen Universitäten und Fachhochschulen in englischer Sprache schreiben zu können.*

Zu 2. bis 4.:

Die Studien- und Prüfungsordnungen der öffentlichen Hochschulen des Landes erlauben es vielfach, mit Zustimmung der Prüferin oder des Prüfers studienbegleitende Leistungen, Abschlussarbeiten oder mündliche Abschlussprüfungen in englischer Sprache zu absolvieren. Dies gilt auch für Promotionen und Promotionsstudiengänge. Bei der zunehmenden Zahl rein englischsprachiger Studienprogramme auf Bachelor-, Master- und Doktoratsebene werden oftmals englischsprachige Arbeiten erwartet. Eine vollständige Übersicht liegt der Landesregierung allerdings nicht vor.

Das Wissenschaftsministerium begrüßt Bemühungen von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Internationalisierung durch Abbau sprachlicher Hürden zu fördern.

In Vertretung

Dr. Schwanitz
Ministerialdirektorin